

Das Wochenmagazin der



Aktuelle

19. November 2010 • Nr. 39 • 0,73 Euro

www.spoe.at
„Österreich 2020“-Gastkommentar
von Josef Hochgerner zu sozialer
Innovation

A photograph of a man with dark hair, a beard, and glasses, wearing a grey button-down shirt over a white collared shirt. He is holding a baby in his arms. The baby is looking towards the camera. The background is a plain, light grey.

Väter-Karenz & Papa-Monat:
SPÖ macht
Familienpolitik
mit Zukunft

Ernest Hemingway sagte einmal: „Die Zeit ist das knappste Gut, das wir haben.“ Und welche Zeit könnte für eine junge Familie wertvoller sein, als die ersten Wochen und Monate mit einem Neugeborenen. Um künftig noch mehr Väter dazu zu motivieren, die Zeit des ersten Lächelns, der ersten Schritte und das erste „Mama“ und „Papa“ aus dem Mund des neuen Familienmitglieds hautnah mitzerleben, hat Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek die Initiative „Echte Männer gehen in Karenz“ gestartet. Denn für die Sozialdemokratie steht fest: Die Zeit mit Kindern ist unendlich kostbar. Deshalb sollten sich Väter mehr davon gönnen.

Eine umweltfreundliche Verkehrspolitik im Sinne kommender Generationen und die beste Infrastruktur stehen im Mittelpunkt der Arbeit von Infrastrukturministerin Doris Bures. Der Schwerpunkt des kürzlich präsentierten Ausbauplans für die Verkehrsinfrastruktur lautet daher: Mehr Verkehr auf die umweltfreundliche Schiene bringen!

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Väter-Karenz und Papa-Monat	4
Ausbauplan Verkehrsinfrastruktur	6
Interview mit Infrastrukturministerin Doris Bures	7
Reform der Briefwahl	9
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Josef Hochgerner zu sozialer Innovation	14

THEMEN DER WOCHE

Spitalsreform notwendig



Breite Zustimmung für Stöger-Pläne

Der Vorstoß von Gesundheitsminister Alois Stöger, das österreichische Spitalwesen zu reformieren, stößt bei den Befragten einer Oekonsult-Umfrage auf breite Zustimmung. 89 Prozent der Befragten kritisieren es als „teuer und unsinnig“, dass es zehn Spitalsgesetze – eines pro Land und ein Bundesgesetz – gibt. 90 Prozent sagen, dass Spitäler weder neue Geldquellen und schon gar keine Leistungsbeschränkungen brauchen, sondern erhebliche Mittel durch strukturelle Reformen lukrieren könnten. ♦

Zitat der Woche

„In einem kleinen Winkel des Herzens muss man auch als Politiker ein bisschen Anarchist sein, weil man ansonsten in dieser Welt der Pragmatik und Geschäftsordnungen untergeht.“

Bürgermeister Michael Häupl



Schefok

SPÖ-Außenpolitiksprecherin Christine Muttonen begrüßt, dass Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi wieder frei ist.

Burmesische Oppositionsführerin endlich frei

Christine Muttonen, SPÖ-Bereichssprecherin für Außenpolitik und Europa, ist über das Ende des Hausarrests für die burmesische Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi erleichtert. „Endlich ist Aung San Suu Kyi, die ein wichtiges Symbol des Widerstands gegen das Militärregime in Burma ist, nach siebeneinhalbjähriger Gefangenschaft wieder frei. Dass dieses massive Unrecht jetzt ein Ende hat, zeigt auch, wie wichtig internationale Solidarität ist, die die Menschen in Burma in ihrem Kampf für Demokratie stärkt“, so Muttonen. Jetzt müssen weitere Schritte folgen: „Alle politischen Gefangenen in Burma müssen sofort freigelassen werden. Und es muss sichergestellt sein, dass es für Aung San Suu Kyi umfassende Bewegungs- und Redefreiheit gibt“, so Muttonen. ♦

Verpackungsmaterial darf nicht mehr mitgewogen werden

Durch die vom Ministerrat beschlossene Novelle zum Maß- und Eichgesetz wird in Zukunft verhindert, dass Konsumenten das Verpackungspapier zum Preis der Ware zahlen müssen.

Mit der Novelle reagiert das Wirtschaftsministerium auf zahlreiche Konsumentenbeschwerden und setzt eine langjährige Konsumentenschutzforderung um. Eine Erhebung im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums hat ergeben, dass das Verpackungsmaterial je nach Produkt fünf bis sechs Prozent des Gesamtpreises ausmacht. „Je teurer die Feinkost, desto teurer also das Verpackungsmaterial. Durch die verpflichtende Verwendung

der ‚Tara-Taste‘ ist damit jetzt Schluss“, so Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer. Die Verpflichtung gilt ab 1. Jänner 2012. Waagen ohne Tara-Tastenfunktion dürfen bis 31.12.2015 verwendet werden. ♦

Ab 1. Jänner 2012 dürfen Verpackungen wie z.B. Wurstpapier vom Handel nicht mehr mitgewogen werden.



Fotolia



Willkommen im freien Wettbewerb

Aus gegebenem Anlass eine Replik zum Thema Bankenabgabe. Ein Versuch, die Debatte zu versachlichen.

Man kann es sich als Kommentator leicht machen und eine Politikerin als naiv oder utopisch darstellen, wenn es um komplexe volkswirtschaftliche Zusammenhänge geht. Vielleicht macht man es sich damit aber zu leicht. Ich möchte deshalb noch einmal den Versuch starten, sachlich zu erklären, warum es einen Unterschied zwischen einer Massensteuer und der Bankenabgabe gibt. Und warum die Banken ihre Preise ebenso aushängen müssen wie ein Friseur.

Doch beginnen wir mit Menschen, die es wissen müssten. Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad erklärte schon im März diesen Jahres: „Jedenfalls, das kann ich schon sagen, umwälzen werden wir das nicht.“ OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny verwies vor zwei Wochen auf die Frage, ob die Bankenabgabe an die Kunden weitergegeben wird, auf die hohe Wettbewerbsintensität und ging „daher davon aus, dass es überwiegend nicht sein wird.“

Der Generaldirektor der Oberbank, Franz Gasselsberger, unterstrich Anfang dieser Woche, dass sein Haus die Abgabe „natürlich nicht“ weitergeben werde, da es der Markt schon jetzt nicht erlaube, gestiegene Kosten einfach abzuwälzen. Ähnlich formulierte es Tage zuvor der Chef der Raiffeisen Landesbank OÖ, Ludwig Scharinger.

» Im Unterschied zu einer Massensteuer wird die Bankenabgabe anders berechnet. Drei Viertel der Abgabe ergeben sich auf Basis der bereinigten Bilanzsumme, also der Bilanzsumme nach Abzug des Eigenkapitals, der gesicherten Einlagen; der gesetzlich vorgeschriebenen Liquiditätsverpflichtungen, sofern sie schon einmal besteuert wurden. Die Bankenabgabe ist also keine Mengensteuer wie etwa die Mineralöl- oder die Mehrwertsteuer. Mit diesen Steuern vergleichbar wäre die

Kreditgebühr, die wir als Entlastungsmaßnahme allerdings gerade abgeschafft haben.

- » Im Bankensektor herrscht ein gesunder Wettbewerb unter den Instituten, spürbar höhere Gebühren für Haushalte wie Kontoführungs- oder Kreditkartengebühr wären sofort transparent. Gleichfalls transparent ist, wenn im Spekulationsbereich, beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren, höhere Transaktionskosten anfallen.
- » Außerdem sind die Banken grundsätzlich verpflichtet, ihre Gebühren in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen auszuweisen und neu auszuhängen, ebenso wie ein Friseur das tut. Der Kunde will in beiden Fällen wissen, wie viel für die Dienstleistung zu zahlen ist.

„Natürlich kann eine Bank ihre Gebühren anheben. Genau so, wie sie sie auch senken könnte. Institutionen wie die Arbeiterkammer werden die Preisentwicklungen genau beobachten und Erhöhungen von Gebühren melden.“

Ich gebe manchen Kritikern recht. Natürlich kann eine Bank ihre Gebühren anheben. Genau so, wie sie sie auch senken könnte. Institutionen wie die Arbeiterkammer werden die Preisentwicklungen genau beobachten und Erhöhungen von Gebühren melden. Letztendlich liegt es dann am Kunden, bei einer solchen Verschlechterung die Bank zu wechseln. Glücklicherweise



picturedesk

Wird die Bankenabgabe tatsächlich abgewälzt, liegt es am Kunden, die Bank zu wechseln.

Banken zahlen in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geringe Steuern. Ich bezweifle, dass die Kunden dies bislang durch besonders gute Konditionen am Konto gespürt haben. Da sich die Finanzmarktlage erholt, kann die zusätzliche Belastung durch Effizienzsteigerung und Wachstum im Markt getragen werden.

steht hierzulande eine ganze Reihe von Kreditinstituten zur Auswahl. Die Arbeiterkammer hat diese Woche bereits angekündigt, die Banken genau zu kontrollieren und ein entsprechendes Monitoring der Gebühren aufzubauen. Willkommen im so oft als Allheilmittel gepriesenen „freien Wettbewerb“!

FAMILIE

Mehr Zeit für's Kind

Für immer mehr junge Eltern ist eine gleichberechtigte Partnerschaft auch bei der Kindererziehung selbstverständlich, junge Väter wollen sich stärker beteiligen. Die SPÖ steht für eine Familienpolitik, die auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert – z.B. mit der Einführung eines „Papa-Monats“



HBF/Wenzel

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit Karenz-Vätern bei der Präsentation ihrer Kampagne.

„Mehr Väter in Karenz, das ist gut für die Väter, das ist gut für die Kinder, und es ist gut für die Frauen. Mehr Männer in Karenz, das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Echte Männergehen in Karenz“ – unter diesem Motto startete Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek kürzlich eine Medien-Kampagne, die jungen Männern Mut machen soll, sich für die Betreuung ihrer Kinder beruflich freustellen

zu lassen. „Mit dieser Kampagne möchte ich all jene Männer ansprechen, die noch zögern“, erläuterte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Dass sich bis jetzt noch viele Männer gegen eine Karenz-Zeit entscheiden, liegt in vielen Fällen nicht daran, dass sie nicht wollen, weiß die Ministerin: „Viele Männer werden in ihrem Arbeitsumfeld noch als Exoten angesehen. Es wird ihnen nicht leicht gemacht, Widerstand von Kolleginnen und Kollegen oder vom Arbeitgeber ist oftmals vorprogrammiert.“ Hier ist ein Umdenken erforderlich – vonseiten der Wirtschaft, der Gesellschaft, aber auch von der Politik. Die „Familienpartei“ ÖVP, die bis jetzt an ihren traditio-

nellen Vorstellungen festhielt, hat bei der Familienförderung zu lange auf die falschen Maßnahmen gesetzt.

„Gönnt euch diese einzigartige Zeit“

Die SPÖ dagegen tritt schon lange dafür ein, dass Eltern Erwerbs- und Erziehungsarbeit fairer untereinander aufteilen können. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und die Attraktivierung der Väterkarenz sind Anliegen, für die sich Heinisch-Hosek seit Jahren einsetzt. „Mehr Väter in Karenz, das ist gut für die Väter, das ist gut für die Kinder, und es ist

gut für die Frauen. Mehr Männer in Karenz, das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit.“

Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld, das die SPÖ durchgesetzt hat, ist sichergestellt, dass Familien während der Väter-Karenz keine großen finanziellen Einbußen erleben müssen. Im Oktober lag der Männeranteil bei den Kindergeldbeziehern bei knapp 4,5 Prozent. In zehn Jahren sollen 20 Prozent der Väter in Karenz gehen.

Die Ministerin appelliert an die jungen Väter: „Gönnt euch diese einzigartige Zeit mit euren Kindern.“

Projekt mit Vorbildwirkung

Auch eine andere SPÖ-Forderung setzt Heinisch-Hosek um: Ab Jänner 2011 soll es den „Papa-Monat“ für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst geben. Diese hätten damit einen rechtlichen Anspruch, sich für ein bis vier Wochen während der Zeit des Mutter-



Josef Ostermayer
Medienstaatssekretär

„Ich war mit meiner Tochter zwischen September '92 und September '93 halbtags zu Hause. So konnte meine Frau als Lehrerin arbeiten. Es war für uns eine Herausforderung, ich habe es aber als so positiv empfunden, dass ich es vier Jahre später bei meinem Sohn wiederholt habe. Das jetzige einkommensabhängige Modell macht es für viele Eltern sicher einfacher.“

Andreas Schieder

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

„Ich war von Oktober 1995 bis Oktober 1996 in Karenz. Für mich war das selbstverständlich, denn ein Kind großzuziehen ist eine gemeinsame Verantwortung. Außerdem war die Karenz eine wichtige Zeit für die Bindung zwischen meinem Sohn und mir.“



Zimmer (2)

schutzes freistellen zu lassen. Für SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm ist der „Papa-Monat“ im öffentlichen Dienst ein Projekt mit enormer Vorbildwirkung: „Was die Kollegen im Öffentlichen Dienst jetzt vorleben werden, muss auch in der Privatwirtschaft

zur Normalität werden“, fordert Wurm. Die SPÖ wird sich jedenfalls weiterhin dafür stark machen. „Und vielleicht ermutigt diese erste prägende Zeit auch zur Inanspruchnahme der Väterkarenz“, hofft Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. ♦

INTERVIEW

„Neue Generation von Vätern und Müttern“

Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier über die Notwendigkeit der Väter-Karenz-Kampagne von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und das Projekt des „Papa-Monats“ im Öffentlichen Dienst.

SPÖ Aktuell: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat eine Kampagne für mehr Väter in Karenz gestartet. Warum ist es notwendig, dafür eine Kampagne zu starten?

Weinwurm

Gabriele Binder-Maier: Nur fünf Prozent der jungen Väter nehmen derzeit die Möglichkeit in Anspruch, in Karenz zu gehen. Das liegt aber nicht unbedingt an ihnen selbst, besonders seit mit dem einkommensabhängigen Kindergeld der finanzielle Aspekt nicht mehr dagegen spricht. Viele Unternehmen machen es jungen Vätern aber noch immer schwer, Karenz in Anspruch zu nehmen. Auch in der Bevölkerung herrscht vielfach noch das Klischee vor, dass es unmännlich ist, wenn sich Männer intensiv um ihre Kinder kümmern.

Denken Sie, dass die Kampagne hier etwas bewirken wird?

Binder-Maier: Die Kampagne von Frauenministerin Heinisch-Hosek lenkt das Bewusstsein in der Bevölkerung auf die Tatsache, dass immer mehr junge Väter



SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier: „Mit einem ‚Papa-Monat‘ für alle wäre ein weiterer wichtiger Schritt getan, um dieser neuen Generation die partnerschaftliche Aufteilung von Arbeit und Familie zu ermöglichen und Barrieren zu beseitigen.“

wertvolle Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten. Viele junge Väter wollen nicht mehr nur „Hauptverdiener“ sein, sondern auch in die Erziehungs-, Familien- und Versorgungsarbeit einbezogen werden. Ich denke, dass die Kampagne vielen Vätern Mut machen wird, diesem Wunsch nachzugeben, und sie wird einen kleinen Teil dazu beitragen, dass partnerschaftliche Familienarbeit ein Selbstverständnis wird.

Seit Jahren setzt sich die SPÖ für die Einführung eines Papa-Monats ein. Ab nächstem Jahr soll es ihn nun für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst geben – ein Durchbruch?

Binder-Maier: Der Papa-Monat im Öffentlichen Dienst ist ein wichtiger erster Schritt. Der Öffentliche Dienst geht hier mit gutem Beispiel voran, und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass künftig alle Familien von einem „Papamonat“ profitieren können. Es gibt eine neue Generation von Vätern und Müttern. Mit einem „Papa-Monat“ für alle wäre ein weiterer wichtiger Schritt getan, um dieser neuen Generation die partnerschaftliche Aufteilung von Arbeit und Familie zu ermöglichen und Barrieren zu beseitigen. ♦

WEBTIPP

Teil der Väter-Karenz-Kampagne von Gabriele Heinisch-Hosek ist eine Internetplattform, auf der Väter ihre Erfahrungen austauschen und sich informieren können: www.maennerinkarenz.at

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Klug investieren, verant

Verkehrsministerin Doris Bures hat den Ausbauplan 2011-2016 für die österreichische Verkehrsinfrastruktur präsentiert. 18 Milliarden Euro werden bis dahin in Schiene und Straße investiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bahn.

Schiene und Straße – Ausbauprogramm bis 2016

Wichtige Projekte 2011-2016

- Autobahn/Schnellstraße in Betrieb
- Autobahn Neu
- Autobahnprojekt nach 2016

- Bahnstrecke Bestand
- Bahnstrecke Neu



Bahnprojekte: 1. St. Margarethen – Lauterach (Verbesserung Bestandsstrecke), 2. Arlberg-Bahntunnel (Erhöhung der Sicherheit), 3. Verbesserung Außerfernbahn, 4. Brennerbasistunnel, 5. Unterinntal (viergleisiger Ausbau), 6. Bf. Kitzbühel, 7. Salzburg – Freilassing (dreigleisiger Ausbau), 8. Umbau Salzburg Hbf., 9. Bf. Schwarzach-St. Veit, 10. Bf. Schladming, 11. Linz – Wels (viergleisiger Ausbau), 12. Bosrucktunnel (Planung), 13. Linz – Summerau, 14. Ybbs – Amstetten (viergleisiger Ausbau), 15. Neubau Güterzugumfahrung St. Pölten, 16. Gloggnitz – Mürzzuschlag (Sanierung Bestandsstrecke), 17. Semmeringbasistunnel, 18. Wien – St. Pölten (Neubau), 19. Lainzer Tunnel, 20. Wiener Hauptbahnhof, 21. Ausbau Pottendorfer Linie, 22. Flughafen – Schwechat – Götzensdorf (Neubau), 23. Schleife Müllendorf – Eisenstadt, 24. Gänserndorf – Marchegg (Elektrifizierung), 25. Bf. Zeltweg, 26. Bf. Bruck/Mur, 27. Umbau Graz Hbf., 28. Koralmbahn Graz – Klagenfurt, 29. Werndorf – Spielfeld/Straß (zweigleisiger Ausbau)

Straßenprojekte: 1. A14 Pfändertunnel (zweite Röhre und Bestandssanierung), 2. S16 Dalaaser Tunnel – Bludenz, 3. Arlbergstraßentunnel (sicherheitstechnische Maßnahmen), 4. A12 Innsbruck – Amras (Sicherheitsausbau), 5. A10 Tauerntunnel (zweite Röhre und Bestandssanierung, Umweltentlastungsmaßnahmen Zederhaus), 6. S10 Unterweirdorf – Freistadt, 7. A9 Tunnelkette Klaus (zweite Röhre), 8. A9 Bosrucktunnel (zweite Röhre und Bestandssanierung), 9. A11 Karawankentunnel (sicherheitstechnische Maßnahmen), 10. S34 St. Pölten Hafing – Wilhelmsburg, 11. S3 Hollabrunn – Guntersdorf, 12. A5 Poysbrunn – Staatsgrenze, 13. A5 Schrick – Poysbrunn, 14. A23 Landstraße Eurogate, 15. S1 Schwechat – Süßenbrunn, 16. S8 Knoten Dt. Wagram – Gänserndorf, 17. S8 Gänserndorf – Staatsgrenze, 18. A3 Eisenstadt – Staatsgrenze, 19. S7 Riegersdorf – Staatsgrenze

Der Wirtschaftsstandort Österreich braucht ein umweltfreundliches, leistungsfähiges Verkehrsnetz. Wachstum und Arbeitsplätze hängen direkt mit einer gut ausgebauten Infrastruktur zusammen. „Beim Infrastrukturausbau gilt: Schiene vor Straße.“ Trotz spürbarer Einsparungen bleiben die Investitionen auf Rekordhöhe, erklärte die Ministerin. In Summe handelt es sich in den kommenden sechs Jahren um 18 Mrd. Euro für Österreichs Verkehrsinfrastruktur.

In die aktuelle Verkehrsprognose wurden die Auswirkungen der Wirtschafts-

krise bereits eingerechnet. Die Wirtschaftskrise dämpft das Verkehrswachstum bis 2025 zwar, trotzdem wird der Verkehr zunehmen. Dieser Zuwachs soll so weit wie möglich auf die umweltfreundliche Schiene gebracht werden. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sagt zu Bures' Plänen: „Wir müssen heute politisch entscheiden, wie der Verkehr in zehn und in zwanzig Jahren aussieht, ob wir LKW-Lawinen auf den Straßen haben werden oder den stetig wachsenden Güterverkehr auf die Schiene bringen. Die richtige Antwort gibt hier

Ministerin Bures: Vorrang für den öffentlichen Verkehr.“

11,5 Milliarden für das Bahnnetz

Das heißt: Trotz Sparens bleiben die Investitionen in das Schienennetz auf Rekordhöhe. Im Mittelpunkt: Der Ausbau der großen Achsen und Korridore rund um die Ballungsräume. Das braucht der Wirtschaftsstandort – und das schafft Beschäftigung. Wifo und IHS haben errechnet, dass in der Bauphase durch die Investitionen in die Schiene 40.000 Arbeitsplätze gesichert

wortungsvoll sparen

werden, im Betrieb entstehen dann durch die höhere Wirtschaftsleistung 48.000 dauerhafte Arbeitsplätze.

Beispiel Südbahn: Was auf der Westbahn schon Realität ist, wird für die Südstrecke jetzt in die Wege geleitet. Der Ausbau der Westbahn zur Hochleistungsstrecke war sehr erfolgreich: 20 Millionen Fahrgäste im Fernverkehr, 20 Millionen Tonnen Güter auf der Schiene. Auf der Südstrecke gibt es das gleiche Potential; aber wegen der veralteten Infrastruktur – zu über zwei Dritteln aus Zeiten der Monarchie stammend – nur halb so viel Aufkommen im Güterverkehr und nur ein Viertel des Aufkommens im Fernverkehr. Deswegen liegt die Priorität klar auf der Südbahn. Auch SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl unterstreicht die Bedeutung einer „hochmodernen, neuen Südbahn“ für den Wirtschaftsstandort Österreich.

Aber auch der Schienenausbau leistet einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Der Koralmtunnel etwa wird zwei Jahre später fertig gestellt als geplant (2022 statt 2020). Der Termin für die Fertigstellung rückt damit näher mit dem des Semmering-Basistunnels zusammen, der um ein Jahr vorgezogen wird. Gemeinsam entfalten die beiden Projekte die maximale Netz Wirkung. Der Baubeginn für den Hauptstollen vom Brenner-Basistunnel erfolgt 2016 – nur unter der Bedingung, dass die Mitfinanzierung von der EU über die gesamte Bauzeit zugesagt wird und, dass die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, wie die Querfinanzierung durch die LKW-Maut im Unterinntal, umgesetzt werden. Bei der Schiene werden so 1,5 Mrd. Euro im Vergleich zu den bisherigen Plänen eingespart.

6,5 Milliarden für Straßen

Wegen Wirtschaftskrise und Budgetkonsolidierung führt kein Weg daran vorbei, dass vor allem bei Straßenprojekten der geplante Ausbau auf ein wirtschaftlich und finanziell vertretbares Maß redimensioniert wird, um 2,8 Mrd. im Vergleich zu den bisherigen Plänen. Bund und Länder entwickeln gemeinsam bedarfsgerechte Verkehrslösungen. Die Grundsätze dabei sind die rasche Entlastung der Bevölkerung, der Lückenschluss und: Die beste Variante ist die mit der größten Kosteneffizienz.

INTERVIEW

„Größtes Investitionsprojekt, das wir je hatten“

Verkehrsministerin Doris Bures im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über den neuen Ausbauplan für die österreichische Verkehrsinfrastruktur, Autobahnen und die Bedeutung der Bahn für Wirtschaft und Umwelt.

SPÖ Aktuell: Welche Auswirkungen hat der vor kurzem präsentierte Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur auf Schiene und Straße?

Doris Bures: Der Ausbauplan ist noch immer das größte Investitionsprojekt, das wir je hatten. In die Schiene werden wir in den nächsten sechs Jahren 11,5 Mrd. Euro investieren und bei der Straße werden wir immerhin 6,5 Mrd. Euro investieren. In den nächsten Jahren werden alleine durch die ÖBB-Investitionen 40.000 Menschen beschäftigt. So sichern wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtige Arbeitsplätze – das ist sowohl für die Beschäftigung als auch den Wirtschaftsstandort Österreich wichtig, weil so die Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

Wo liegt der Schwerpunkt des Ausbauplans?

Bures: Der Schwerpunkt der Investitionen liegt ganz klar auf der Schiene. Wir investieren mehr für die umweltfreundliche Schiene als für die Straße, denn wir haben eine gemeinsame Verantwortung, die Verkehrswege so auszubauen, dass sie dem Bedarf der Bevölkerung an Mobilität, der Wirtschaft und der Umwelt entsprechen. Die Bahn als größte Elektroflotte hat als modernes, ökologisches Verkehrsmittel Zukunft.

Neben dem erfolgreichen Beispiel der S31 (siehe Interview) wurde auch eine Lösung für die A5 in Niederösterreich gefunden: Statt des Vollausbaus wird der letzte Abschnitt mit der vorgezogenen Ortsumfahrung Drasenhofen umgesetzt – das spart 60 Mio. Euro. „Es muss zumutbar sein, auch bei Straßenprojekten über Einsparungen nachzudenken“, so die Verkehrsministerin. ◆



Rigaud

Verkehrsministerin Doris Bures betont, dass der Schwerpunkt der Infrastrukturinvestitionen klar auf der Schiene liegt.

Wie sieht es mit den Autobahnen aus?

Bures: Es muss nicht jede Straße eine Autobahn sein und es muss nicht jede Autobahn in der XXL-Variante verwirklicht werden. Die Wirtschaftskrise und Budgetvorgaben machen es notwendig, gemeinsam mit den Ländern finanziell günstigere Lösungen zu finden. Wir sind hier mit einigen Bundesländern schon sehr weit gekommen. Zum Beispiel die S31 im Burgenland: Sie wird als Landesstraße mit finanzieller Beteiligung des Bundes verwirklicht, Ortsumfahrungen werden damit rasch umgesetzt. Das bringt Einsparungen von 80 Millionen Euro. ◆

WEBTIPP

Alle Informationen zum Ausbauprogramm für Österreich gesamt und die Detailinformationen für alle Bundesländer sowie zur Verkehrsprognose 2025+ im Internet auf www.bmvit.gv.at

NEUE LEHRERAUSBILDUNG

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Die neue Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer soll noch in dieser Legislaturperiode starten. Die Vorbereitungsarbeiten gehen mit Hochdruck voran.

Motivierte und leistungsorientierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Jugend“, so Bildungsministerin Claudia Schmied zur Bedeutung der gemeinsam mit Wissenschaftsministerin Karl initiierten „LehrerInnenbildung NEU“. Bereits im März hat eine Expertengruppe unter Vorsitz von Bildungsexperte Peter Härtel einen umfassenden Bericht zur Neugestaltung der Lehrerbildung vorgelegt. Jetzt informieren die beiden Ministerinnen in so genannten „Stakeholderkonferenzen“ über die Eckpunkte der neuen Lehrerausbildung

(gemeinsame Ausbildung aller Lehrer inkl. Kindergartenpädagogen auf tertiärem Niveau). In Linz fand die erste große Konferenz statt: Dabei wurde der Expertenbericht mit Vertretern der Ausbildungsstätten und Interessensgruppen (u.a. Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Pädagogen, Schul- und Sozialpartner) intensiv diskutiert und Meinungen und Standpunkte ausgetauscht.

Vorbereitungsgruppe soll bei Umsetzung helfen

Nach Abschluss der vier bundesweiten Stakeholderkonferenzen (nach Linz folgen Innsbruck, Wien und Graz) wird eine Vorbereitungsgruppe, der u.a. auch der ehemalige SPÖ-Bildungssprecher Erwin Niederwieser angehört, bei der Umsetzung der neuen Lehrerausbildung helfen. Dazu gehört z.B. die Ausarbeitung von Eckpunk-



Bildungsministerin Claudia Schmied informiert gemeinsam mit Wissenschaftsministerin Karl über die neue Lehrerausbildung.

ten für die Ausbildungsgänge. Bis Herbst 2011 wird dann ein Entwicklungsrat für die neue Lehrerausbildung eingerichtet. Aufgabe dieses Entwicklungsrats ist z.B. die Erarbeitung der Richtlinien für die Ausbildungsgänge und die Akkreditierung der Studiengänge. ♦

WEBTIPP

Alle Details zur neuen Lehrerausbildung und eine Grafik zur Umsetzung unter: www.bmukk.gv.at/lehrerinnenbildung_neu2

GESUNDHEIT

„Armut macht krank“

Eine neue Studie der Volkshilfe zeigt, dass Armut krank macht. Umso wichtiger ist es, dass die SPÖ-geführte Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen gesetzt hat, um allen Menschen Zugang zu Gesundheitsleistungen zu ermöglichen.



BM A. Stöger, die Leiterin der Sozialarbeit im AKH Linz A. Dieplinger, Volkshilfe-Geschäftsführer E. Fenninger und der Arzt S. Meryn bei der Präsentation der neuen Volkshilfe-Studie.

Der Studie zufolge haben einkommensschwache Menschen eine geringere Lebenserwartung als einkommensstarke. Auch das subjektive

Gesundheitsempfinden wird von Armutsrisikogruppen schlechter beurteilt. „Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle, die Hilfe brauchen, offen steht. Je sozial gerechter Gesellschaften sind, desto gesünder sind sie“, betonte Gesundheitsminister Alois Stöger.

Die Maßnahmen im Detail

Als konkrete Verbesserung verwies Stöger auf die E-Card, durch die Sozialhilfeempfänger seit 1. September 2010 erstmals Anspruch auf eine Krankenversicherung haben – bisher waren sie auf „Krankenhilfe“ im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen. Weiters wurde

die Unfallversicherung für Menschen mit Behinderung, die sich in einer Beschäftigungstherapie befinden, umgesetzt – dies betrifft 20.000 Menschen, für die zuvor ein Unfall existenzbedrohend sein konnte. „Hier haben wir eine weitere Gefahrenquelle für Armut ausgeschlossen“, so Stöger. Schließlich wurde die Unfallversicherung auch auf Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr ausgeweitet und die Mitversicherung für Angehörige von Pflegebedürftigen verbessert. „Das sind Maßnahmen für eine konkrete Verbesserung der Gesundheitsleistungen für armutsgefährdete Menschen“, so Stöger. Die Studie „Armut macht krank“ wurde aus Anlass des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von der Volkshilfe Österreich mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums durchgeführt. ♦

BRIEFWAHL

SPÖ für Reform vor Sommer 2011

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will eine rasche Reform der missbrauchsanfälligen Briefwahl. Neben der Streichung der Nachfrist für die Abgabe von Briefwahlstimmen soll ein Vorwahltag eingerichtet und Wahlbetrug strenger bestraft werden.



Zimmer schäftsführer. Denn: Wahlschwindel ist alles andere als ein Kavaliersdelikt, „es ist organisierte Kriminalität“.

3. Vorwahltag hat sich bewährt

Kräuter will weiters die Einführung eines Vorwahltags nach steirischem Vorbild. In der Steiermark hatten am Freitag eine Woche vor der Wahl 54.921 Personen (5,68 Prozent der Wahlberechtigten) die Möglichkeit genutzt, ihre Stimme vorzeitig abzugeben. In Murau gingen sogar 10,76 Prozent am vorgezogenen Wahltag zur Urne. Für Kräuter hat sich der Vorwahltag bewährt und auch Verfassungsexperte Bernd-Christian Funk bezeichnet ihn als „lupenrein“. ♦

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter steht fest:

„Es darf keine Nachfrist für das Einlangen von Wahlkarten geben, die Ausgabe und das Einholen von Wahlkarten muss absolut manipulationssicher gestaltet werden.“

Spätestens nach dem Wahlbetrug eines ÖVP-Bürgermeisters bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen im Burgenland ist klar, dass es einer dringenden Reform der missbrauchsanfälligen Briefwahl bedarf. Hauptkritikpunkte sind die tagelange Nachfrist, binnen der Wahlkarten bei der Wahlbehörde einlangen können sowie die völlig unkontrollierte Möglichkeit, Wahlkarten zu bestellen und diese auch entgegenzunehmen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter drängt auf eine Gesetzesänderung noch vor dem Sommer 2011. „Nur weil keine Wahlen bevorstehen, darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden“, so Kräuter. Während sich die ÖVP auf Bundesebene sperrt, wollen immer mehr Bundesländer die Nachfrist abschaffen oder haben die Abschaffung bereits umgesetzt. Auch SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann kritisiert die mangelnde Reformbereitschaft der ÖVP: „Wir müssen die Frist, die zum Einlangen

der Briefwahlkuverts gesetzt wurde, verkürzen. Von unserer Seite gibt es eine große Reformbereitschaft.“

Die SPÖ hat bereits konkrete Vorstellungen für die notwendigen Änderungen der von zahlreichen Verfassungsexperten (siehe Kasten) kritisierten Briefwahl:

1. SPÖ für Ende der Nachfrist

Die SPÖ tritt in Sachen Briefwahl-Reform klar für ein Ende der Nachfrist für Briefwahlstimmen ein. „Auch die Vertreter der Auslandsösterreicher befürworten ein Einlangen aller Wahlkarten bis zum Wahltag“, so Bundesgeschäftsführer Kräuter.

2. Strenge Strafen bei Wahlbetrug

Kräuter spricht sich für strenge Strafen bei Wahlschwindel aus. „Das hat mit drakonischen Strafen geahndet zu werden, um abzuschrecken“, so der SPÖ-Bundesge-

INFO

Verfassungsexperten für Änderungen bei Briefwahl

„Man muss schauen, dass die Grundsätze – geheim und persönlich – so gut wie möglich geschützt sind. Offensichtlich herrscht Unbehagen mit den bestehenden Regeln. Dem muss man entgegenwirken.“

Gerhard Holzinger,

Präsident des

Verfassungsgerichtshofes (APA, 19. 9. 2010)

„Man kann sich auf den Standpunkt stellen, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Und daher eine Regelung treffen, so wie sie für die niederösterreichische Gemeinderatswahl besteht. Nämlich dahingehend, dass nur solche Wahlkarten berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt des Beginn der Wahlhandlung schon da sind.“

Ludwig Adamovich

ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofes („Ö1-Mittagsjournal“, 24. 9. 2010)

„Ich hab bei so langen Fristen ehrlich gesagt ein bisschen ein ungutes Gefühl. Ich bin dafür, dass man die Briefwahlbestimmungen möglichst restriktiv handhabt.“

Karl Korinek

ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofes („Ö1-Mittagsjournal“, 24. 9. 2010)

EU Hedgefonds an der Leine

Nach zähem Ringen hat sich die Europäische Union auf mehr Kontrolle und Regulierung von Hedgefonds geeinigt. Eine logische Konsequenz der Finanzkrise. Selbst ganze Heerscharen von Lobbyisten konnten die Richtlinie nicht abwenden.



SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner war an der Ausarbeitung der AIFM-Richtlinie beteiligt.



Jantzen, Zimmer

„Freilich sind die neuen Regeln nur ein erster Schritt. Für eine umfassende Finanzmarktregulierung müssen wir europaweit noch viele weitere Schritte tun. Aber wir sehen erste Erfolge.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

HINTERGRUND

Was sind Fonds?

Bei Fonds geht es darum, dass sich Kapital ohne den unmittelbaren Einsatz von Arbeitskraft vermehrt. Wer Geld in einzelne Fonds oder Sammelfonds investiert, „borgt“ es den zuständigen Managern der Kapitalanlagegesellschaft. Diese müssen nun dafür sorgen, dass sie den Anlegern mehr Geld zurückgeben, als diese investiert hatten. Dafür gibt es verschiedene Anlageformen (Aktienfonds, Rentenfonds etc.).

Hedgefonds leiten sich vom englischen Wort „hedging“ ab. Zwar bedeutet es „Absicherung“, hat damit aber nur wenig zu tun. Hedgefonds zählen zu den riskantesten Anlageformen und ihr Erfolg ist in hohem Maße abhängig vom Fonds-Manager. Dieser wiederum arbeitet mit bestimmten finanzmathematischen Theorie-Modellen. Also entscheidet auch das Modell über die Erfolgsaussichten.

Hedgefonds bieten dem Anleger ein breit gefächertes Spektrum: von einer Anlage in Aktien oder Rentenpapieren bis zu Options- und Zukunftsgeschäften sowie Spekulationen auf Kredite ist vieles möglich. Kennzeichnend für Hedgefonds ist es, dass diese bisher keinen Anlagerichtlinien unterlagen.

Hedgefonds unterlagen bisher keinen Anlagerichtlinien. Nun nimmt die EU die „Heuschrecken“ an die Leine.

Hedgefonds gelten als „Heuschrecken“. Sie kaufen Firmen auf und pressen den größtmöglichen Ertrag aus, um danach wieder weiterzuziehen. Im neoliberalen Jargon wird das „Asset Stripping“ genannt. Das passiert nicht nur zu Lasten der Werk tätigen, sondern auch der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Selbst bezeichnen sich Investmentfonds mit spekulativer Anlagestrategie als „alternative Investitionsvehikel“. Bis vor kurzem unterlagen sie de facto keinen klaren gesetzlichen Regeln. Über 1.000 Milliarden Euro Vermögen wird in Europa von Hedge-

fonds bzw. von Managern alternativer Investmentfonds (AIFM) verwaltet.

Nun nimmt die Europäische Union die „Heuschrecken“ an die Leine. Die Verhandlungen zur AIFM-Richtlinie zwischen Europaparlament, Europäischer Kommission und dem Europäischen Rat dauerten ganze 18 Monate. Der Richtlinienentwurf reguliert die Fonds nicht unmittelbar, sondern deren Manager. Durchgesetzt wurden eine Registrierungspflicht sowie eine Informationspflicht gegenüber den Mitarbeitern eines betroffenen Unternehmens. Weiters wird es strengere Eigenkapitalvorschriften und strengere Regeln für Manager-Boni geben. Das investierte Kapital muss überdies mindestens zwei Jahre lang im Unternehmen gehalten werden. 2011 tritt die Richtlinie in Kraft. Bis 2013 haben alle nationalen Parlamente der EU Zeit, das in entsprechende Gesetze zu gießen.

SPÖ-EU-Abgeordnete

Evelyn Regner war an der Richtlinie als stellvertretende Vorsitzende des EU-Rechtsausschusses beteiligt. „Keine Revolution, aber eine Trendumkehr“, so bewertet Regner den „tragfähigen Kompromiss“. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder freute sich, dass die Sozialdemokraten entscheidende Punkte durchsetzen konnten. „Freilich sind die neuen Regeln nur ein erster Schritt. Für eine umfassende Finanzmarktregulierung müssen wir europaweit noch viele weitere Schritte tun. Aber wir sehen erste Erfolge“, so Schieder. ♦

Sammelband

Arbeiten wie noch nie!?

Die Organisation der Arbeit ist aus den Fugen. Dieser Reader geht der Frage nach, wie Arbeit anders und menschengerechter gestaltet werden kann.

Die Herausgeber argumentieren, dass die Trennung in „entfremdete“ Industriearbeit, unbezahlte „weibliche“ Reproduktionsarbeit und erzwungene Erwerbslosigkeit nicht mehr zeitgemäß ist und andere, gerechtere Wege der Arbeitsorganisation gefunden werden müssen. Auch wenn sie kein Patentrezept vorlegen können, liefern die Autoren einige schlüssige Überlegungen für eine andere Art der Arbeit. Gemeinsam verbinden sie die Auseinandersetzung

mit der eigenen Arbeit und das Engagement für eine menschengerechtere Arbeitswelt. Das Buch versteht sich als Ermunterung zum Erkennen, schrittweisen Entscheiden und Umsetzen in Richtung einer anderen Form zu arbeiten und zu leben. Es ist ein Reader für die interessierte Öffentlichkeit, der das Phänomen Arbeit von allen relevanten Perspektiven beleuchtet und damit als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage dient. ◆

Zeitgeschichte

Adolf Schärf. Notizen des Jahres 1952

Die politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1952 aus der Sicht des Staatsmannes Schärf.

Die Herausgabe der stenographischen Tagebuchnotizen von Adolf Schärf leitet eine eingehende Aufarbeitung seines umfangreichen Nachlasses ein. Seine akribisch geführten Aufzeichnungen bestehen durch die enorme Vielfalt an detailliert dargestellten politischen und wirtschaftlichen Ereignissen. Zentrale Themen des Jahres 1952 sind die vergeblichen Bemühungen um den Staatsvertrag und die Auseinandersetzungen in der Großen Koalition über die prinzipielle Orientierung der

Wirtschaftspolitik, die schließlich in eine Regierungskrise mündeten. Das politische Handeln des damaligen Vizekanzlers und SPÖ-Parteivorsitzenden wird durch die Unmittelbarkeit der Quelle in einem außerordentlichen Maße nachvollziehbar und weist Adolf Schärf als einen einzigartigen Chronisten der Jahre rund um den Staatsvertrag aus. Denn es kommt nicht oft vor, dass Staatsmänner Tagebuch führen und damit eine solcherart rare historische Fundgrube hinterlassen. ◆

Humor

Haderers Jahrbuch

Die neueste Ausgabe des legendären Jahresrückblicks von Kult-Karikaturist Gerhard Haderer.

Gerhard Haderer ist ein vielbeschäftigter Mann. Das ganze Jahr über zeichnet er für große Magazine wie „profil“ und für kleine „Schundhefte“ wie „MOFF“. Er macht da ein verdammt gutes Plakat und dort ein kleines Video. Und natürlich veröffentlicht er auch großartige Cartoons im deutschen „Stern“. All das und noch viel mehr versammelt Gerhard Haderer jetzt wieder in seinem wohlfeilen Jahrbuch. Ein Jahresrückblick der Extra-Klasse und ein Sammelwerk für Fans. In gewohnt humo-

ristischer Art und Weise dokumentiert Haderer Ereignisse und Persönlichkeiten, die im Jahr 2010 im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen. So ist eine bunt zusammengewürfelte Sammlung von Skizzen, Cartoons und Comics entstanden, die im Jahrbuch zusammengeführt werden. Unfreiwillige Gastauftritte haben unter anderem: Angelika Merkel, Guido Westerwelle, die katholische Kirche, Bankmanager, Google Street-View und viele mehr. ◆

☐ Stk.


Gruber, Haug, Krull (Hg.):
**Arbeiten wie noch nie!?
Unterwegs zur kollektiven
Handlungsfähigkeit.**
Argument Verlag,
Hamburg 2010; 188 S., 17,40 €

☐ Stk.


Gertrude Enderle-Burcel (Hg.):
**Adolf Schärf. Tagebuch-
notizen des Jahres 1952.**
Studienverlag, Innsbruck 2010.
400 Seiten, 39,90 €

☐ Stk.


Gerhard Haderer:
Jahrbuch Nr. 3.
Ueberreuter, Wien 2010.
95 S., 14,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Österreichs erste rot-grüne Koalition steht



picturedesk

bei der rot-grünen Koalition um die erste ihrer Art. „Mit Rot-Grün wird in der österreichischen Politiklandschaft eine völlig neue politische Perspektive eröffnet“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Ticketpreise und „Wiener Vertrag“

Integration und eine Tarifreform für den öffentlichen Verkehr nannte Häupl im Anschluss an die Unterzeichnung des Koalitionspakts als vorrangige Projekte. Für Bus, Bim und U-Bahn wird es eine Arbeitsgruppe geben, die sich mit einem sozialen Ticketpreissystem befassen wird. Auch in Sachen Integration werde man „rasch etwas

Mit der Unterzeichnung des Koalitionsabkommens besiegelten Wiens Bürgermeister Michael Häupl und seine grüne Vize-Bürgermeisterin Maria Vassilakou die erste rot-grüne Koalition Österreichs.



Vergangenen Montag wurde das Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und den Grünen unterzeichnet. Damit beginnen fünf politisch äußerst spannende Jahre.

„Es war schwer, das Ergebnis der Grünen zu toppen“, freute sich Wiens neuer alter

Bürgermeister Michael Häupl über die 100-prozentige Zustimmung des „Wiener Ausschusses“ – dem höchsten Gremium der SPÖ Wien – zum Koalitionsabkommen mit den Grünen. Die grüne Basis hatte den Pakt am Sonntag mit 98,5 Prozent abgesegnet.

Jetzt starten fünf politisch spannende Jahre in Wien. Immerhin handelt es sich

tun“ kündigte Häupl an. Er verwies hier auf den „Wiener Vertrag“, der künftig mit Neuzuwanderern geschlossen werden soll. Auch ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Neuen Mittelschule findet sich im 77 Seiten starken Koalitionsabkommen. Häupl kündigte an, dass bereits im Schuljahr 2011/12 neue Standorte eröffnet werden könnten. ♦

REAKTIONEN



HBF/Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann:

„Unter der Führung von Michael Häupl wird sich Wien weiter positiv entwickeln. Er ist ein Garant für soziale Ausgewogenheit und zukunftsorientiertes Denken.“



SPÖ

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas:

„Mit Michael Häupl als Bürgermeister und der SPÖ als entscheidender Kraft in der Stadtregierung wird Wien auch weiterhin Weltspitze bleiben.“



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter:

„Ich erwarte mir positive Auswirkungen auf das Wählerverhalten bei den nächsten Nationalratswahlen im Sinne der Sozialdemokratie, weil die SPÖ zeigt, dass nicht nur die Volkspartei als Partner in Frage kommt.“

BSA

Andreas Mailath-Pokorny neuer Präsident



Beim Bundes-
tag des Bun-
des Sozialde-

mokratischer Akademiker/innen, Intellektueller und Künstler/innen (BSA) wurde der Wiener Kultur- und Wissenschaftsstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit 94,8 Prozent der Stimmen zum neuen BSA-Präsidenten gewählt.

Mailath folgt damit Wolf Frühauf nach, der die Funktion des BSA-Präsidenten seit 2009 geschäftsführend innehatte. Zur neuen BSA-Generalsekretärin wurde Olivia Weiss gewählt. In seiner Antrittsrede betonte Mailath, dass sich der BSA verstärkt der Themen Bildung und Integration annehmen müsse. Mailath tritt für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, für eine möglichst späte Trennung der Bildungswege und für den freien Hochschulzugang ein. Auch beim Thema Integration komme der Bil-



Wurde zum neuen BSA-Präsidenten gewählt: Andreas Mailath-Pokorny.

dung eine Schlüsselfunktion zu, so Mailath: „Das frühe Erlernen der Sprache ist eine der Grundvoraussetzungen für Integration.“ Zur Rolle des BSA bekräftigte Mailath: „Der BSA soll als Plattform für innovative Ideen und als spannendes Netzwerk Kreativer dienen.“

Oberleitner

Faymann: Für mehr Verteilungsgerechtigkeit kämpfen

Bundeskanzler Werner Faymann, der beim BSA-Bundestag die einleitenden Worte sprach, hielt zur Rolle des BSA fest: „Alle sozialdemokratischen Organisationen zusammen machen die Stärke der Bewegung aus.“ Außerdem betonte Faymann, dass der Kampf für Verteilungsgerechtigkeit vorangetrieben werden müsse – und das sowohl in Österreich als auch auf europäischer und internationaler Ebene. Ein großes Dankeschön gab es an die Adresse des scheidenden BSA-Präsidenten Wolf Frühauf und an Jürgen Pfeffer, den Generalsekretär, der eine berufliche Veränderung in den USA annimmt. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter freut sich auf die Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte mit Andreas Mailath-Pokorny. ♦

OBERÖSTERREICH

Über 55.000 Stimmen für Millionärssteuer



Exakt 55.307 Unterschriften für die Einführung einer Millionärssteuer hat die SPÖ Oberösterreich gesammelt. Gefordert wird eine Steuer ab Vermögen von einer Million Euro.



In der Säulenhalle des Parlaments übergaben SPÖ OÖ-Parteichef Acknerl und Mitstreiter die Unterschriften an Parlamentspräsidentin Prammer.

Jetzt wurden die zehntausenden Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer übergeben. Die Anliegen der Initiative werden nun im Petitionsausschuss behandelt. Gewicht hat die Initiative allemal, ist es doch die größte Bürgerinitiative, die in den letzten 20 Jahren im Parlament eingebracht wurde.

Für Oberösterreichs SPÖ-Chef Josef Acknerl geht die Forderung nach einer Vermögenssteuer ab einer Million Euro über die aktuellen Budgetverhandlungen hinaus: „Es war von vornherein klar, dass sich unsere Forderungen nicht mit einem einzigen Budget verwirklichen lassen. Vieles braucht Kraft und Anlauf. Deshalb geht der Einsatz für eine Millionärssteuer auch unverdrossen weiter!“ ♦

ARBEITER-FISCHER

„Fishing Kids“ begeisterte hunderte Kinder



Mit seiner ersten Jugendveranstaltung „Fishing Kids“ brachte der Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine (VÖAFV) Kindern die Faszination des Angels näher.

Großer Andrang herrschte beim „Fishing Kids“ in der Kulturhalle Vösendorf. Mit dieser ersten Veranstaltung ihrer Art ist es dem VÖAFV gemeinsam mit den Masterminds der heimischen Fischerszene gelungen, bei den Kindern und deren Begleitpersonen mit Informationen, diversen Geschicklichkeitsspielen und zielgerichteten Vorträgen einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. „Es ist unser klares Ziel, Kindern die Freude an naturnahen Freizeitbeschäftigungen wie dem Angeln näherzubringen“, fasste Vize-Verbandspräsident Gerhard Leitgeb den Grundgedanken von „Fishing Kids“ zusammen. ♦



NÖ LH-Stv. Sepp Leitner, VÖAFV-Präsident Günther Kräuter, Jugendverbandsleiter Gerhard Leitgeb und die kleinen Petrijünger freuen sich über den großen Erfolg von „Fishing Kids“.

Kramreither



Wohlstand statt Produktivität messen

Die unterschiedliche Wertigkeit von ökonomischen und von sozialen Innovationen entspricht nicht ihrer jeweiligen Bedeutung. Soziale Innovationen sind unverzichtbar, um Friede und Entwicklung in der Weltgesellschaft zu ermöglichen. Wirtschaftliche Indikatoren sollten indes statt auf Produktivität auf Wohlstand abzielen.



Fotolia lich bestimmt erscheinen. Vor diesem Hintergrund tritt nicht überraschend eine Wertdifferenz zwischen „sozialen“ und „wirtschaftlichen“ Innovationen hervor: Innovationen in und durch die Ökonomie, deren Erfolg in Umsatz- und Ertragsziffern definiert und gemessen werden kann, stehen im Vordergrund, werden beachtet, gefördert und akklamiert. Innovationen „außerhalb der Wirtschaftswelt“, also in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Sektoren erscheinen davon nicht nur verschieden, sondern finden auch weniger Beachtung, Förderung und Zustimmung.

Aber – obwohl nach ihren Zielsetzungen und Handlungslogiken wirtschaftliche und soziale Innovationen begrifflich unterschieden werden können – für alle Innovationen gilt, dass sie sozial relevant sind: Sie entstehen unter gesellschaftlichen Voraussetzungen und sie haben soziale Auswirkungen. Umgekehrt können soziale Innovationen, die primär nicht auf ökonomische Ziele ausgerichtet sind, ebenfalls wirtschaftliche Effekte zur Folge haben.

gesellschaftlichen Verfassung (Sozialrecht, Pensions- und Steuersysteme, Gesundheitsvorsorge u.a.m.). Im 21. Jahrhundert wird neben weiteren technisch-wirtschaftlichen Innovationen eine Vielzahl an kleinen und großen sozialen Innovationen, bis hin zu „gesellschaftlichen Basisinnovationen“, unverzichtbar. Friede und Entwicklung – und zwar den Standards der industriellen Möglichkeiten entsprechend – wären sonst in einer Weltgesellschaft von acht bis zehn Milliarden Menschen angesichts von Problemen wie Klimawandel und der wachsenden Kluft zwischen Reichtum und Armut extrem gefährdet.

„Im 21. Jahrhundert wird neben weiteren technisch-wirtschaftlichen Innovationen eine Vielzahl an kleinen und großen sozialen Innovationen (...) unverzichtbar.“

Folgt man der Diagnose einer Gesellschaft als Anhängsel der Wirtschaft kann die Re-Integration der Ökonomie in die Gesellschaft als notwendigste Basisinnovation des 21. Jahrhunderts formuliert werden. Dazu müssen erstens wirtschaftliche Indikatoren (die der Ableitung und Begründung von wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen dienen) zukünftig Wohlstand statt Produktivität messen. Zweitens ist es hoch an der Zeit, neben der Beseitigung von Knappheiten (im Sinn des Stillens realer Bedürfnisse) als ebenso zentrale Aufgabe von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Überflussmanagement zu etablieren. ♦

Univ.Prof. Josef Hochgerner ist wissenschaftlicher Leiter des „Zentrums für soziale Innovation“ in Wien. (www.zsi.at)

Zivilgesellschaftliche Gruppen sind ein Motor sozialer Innovationen.

Mitten im Zweiten Weltkrieg (1944) veröffentlichte der aus Österreich-Ungarn stammende Ökonom Karl Polanyi eine fundamentale wirtschaftshistorische Analyse. Die darin beschriebene „große Transformation“ besteht darin, dass im industriell und finanzökonomisch entwickelten Kapitalismus die Gesellschaft als Anhängsel des Marktes behandelt wird. „Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“ (dt. Ausgabe 1978, S. 88f.)

Eine derartige Dominanz ökonomischer Kriterien und Maßstäbe in bzw. gegenüber der Gesellschaft bringt es mit sich, dass alle sozio-kulturellen Fundamente wirtschaft-

Soziale Innovationen sind unverzichtbar

Soziale Innovationen sind neue Konzepte und Maßnahmen zur Lösung sozialer Herausforderungen, die von betroffenen gesellschaftlichen Gruppen angenommen und genutzt werden. Sie betreffen unter den Bedingungen der Globalisierung immer größere Teile der Gesellschaft und gestalten nicht nur Prozesse in der Zivilgesellschaft, sondern ebenso in der öffentlichen Verwaltung, in politischen Institutionen, in der Wirtschaft und Interessenverbänden der Sozialpartner. Das Verhalten einzelner Individuen in Kleingruppen kann davon ebenso berührt sein wie z.B. die Organisationsentwicklung in Betrieben, die Gestaltung von Lehr- und Lernformen im Bildungswesen oder strukturell wirksame Regelungen der

TERMINKALENDER

Mittwoch, 24. 11.

Lesung

Irmtraut Karlsson liest aus ihrem neuesten Buch „Frauen graben, wo sie stehen“. Mut machen, die eigene Frauengeschichte in der Gemeinde, im Betrieb, in den Organisationen zu erforschen, das ist das Ziel dieses Buches. Welche Quellen gibt es, wie können sie genutzt werden? Ausgehend von den Frauenspaziergängen in Bruck an der Leitha und in Wien Josefstadt gibt es zahlreiche Beispiele für Frauenspuren im öffentlichen Raum. Diese Beispiele zeigen auch, wie weibliche Erinnerungskultur festgemacht werden kann. Schritt für Schritt wird angeregt, wie so ein Frauenforschungsprojekt entstehen kann und welche Präsentationsmöglichkeiten für die Ergebnisse entstehen könnten. Mit einer Einleitung von SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Um Anmeldung wird aus organisatorischen Gründen gebeten: 01-534 27/323 od. 343

Beginn: 17.30 Uhr

Buchhandlung Löwelstraße

Löwelstraße 18,
1014 Wien

Donnerstag, 25. 11.

Symposium

Das Vranitzky Kolloquium lädt anlässlich seines siebenjährigen Bestehens zu einem Symposium unter dem Titel „Die Ära Vranitzky: Ihre Wirtschafts- und Europapolitik im Vergleich zu heute“. Mit einer Keynote von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und

Schlussworten von Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky. An der Podiumsdiskussion werden Georg Kapsch (Präsident der Industriellenvereinigung Wien), Max Kothbauer (Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank) und Martina Salomon (Stellvertretende Chefredakteurin des „Kurier“) teilnehmen.

Um Anmeldung wird gebeten:

WIWIPOL – Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik
Maria Theresien-Straße 24/4

Tel.: (+43 1) 319 44 47

Fax: (+43 1) 319 44 49

E-mail: office@wiwipol.at

Beginn: 10 Uhr

Oesterreichische Nationalbank,

Kassensaal

Otto-Wagner-Platz 3,
1090 Wien

Freitag, 26. 11.



Aktion der SPÖ Frauen

Vom 25. November bis zum 10. Dezember 2010 finden heuer wieder die „16 Tage gegen Gewalt“ statt. In dieser Zeit wird es

Aktionen der SPÖ Frauen in ganz Österreich geben. So starten die SPÖ Frauen z.B. am 26. 11. die Kampagne „Diese Hände schlagen nicht!“. Damit wollen sie auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. Bei Straßenaktionen werden Menschen in ganz Österreich aufgefordert mit ihrem Handabdruck aktiv ein Zeichen gegen Gewalt zu setzen. Mit u.a. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, SPÖ Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz, der Wiener Frauensekretärin Nicole Krottsch und dem österreichischen Profiboxer im Mittelgewicht, Gogi Knezevic. Aktion gemeinsam mit den Wiener Frauen:

Beginn: 9 Uhr

Arcade Meidling

Ecke Wilhelmstraße/Meidlinger Hauptstraße
(U-Bahn-Station Philadelphiabrücke, Ausgang: Meidlinger Hauptstraße)

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: BKA-Frauen, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, W. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.badgirl.at

Aktueller denn je: Feminismus 2.0 auf www.badgirl.at

Die Forderung nach einem unabhängigen, selbstbestimmten Leben für Frauen hat auch heute noch nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: Mehr denn je brauchen wir „Feministinnen“, also jene Frauen, die selbstbewusst und unabhängig mitten im Leben stehen – und damit zum Vorbild für viele junge Frauen werden. Nach wie vor aber ist „Feminismus“ nega-

tiv besetzt und mit vielen Vorurteilen behaftet. Damit ist jetzt Schluss: Die Jungen SozialdemokratInnen (Jusos) Salzburg räumen mit ihrer „Badgirl“-Kampagne mit Vorurteilen und Klischees auf und zeigen, warum feministische Positionen noch lange nicht ausgedient haben. Mehr zum Thema, zu Forderungen, Positionen und zum T-Shirt-Shop unter www.badgirl.at ♦





Historisch: Gedenken an Ausrufung der Ersten Republik

Am 12. November 1918 wurde die Erste Republik ausgerufen. Bundeskanzler Werner Faymann legte im Gedenken daran einen Kranz vor dem Republik-Denkmal am Wiener Karl-Renner-Ring nieder.



Praktisch: Zulassungsschein im Scheckkartenformat

„Nachdem der Führerschein im Scheckkartenformat zum echten Renner geworden ist, kommt nun auch der Zulassungsschein im Kleinformat“, so Verkehrsministerin Doris Bures, die ein überdimensionales Modell der neuen Zulassungskarte zeigt. Ab 1. Dezember kann die praktische Alternative zum Papier-Zulassungsschein beantragt werden.



Wertvoll: Staatspreis für Erwachsenenbildung

Bildungsministerin Claudia Schmied hat vor kurzem den Österreichischen Staatspreis für Erwachsenenbildung 2010 verliehen. Mit diesem Preis werden Leistungen gewürdigt, die erwachsenenbildnerisch besonders wertvoll sind.

Ehrenvoll: Anerkennung für Österreichs Friedenseinsätze

In New York fand vor kurzem ein Treffen von Verteidigungsminister Norbert Darabos mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon statt. Der UNO-Generalsekretär habe „aus vollem Herzen“ seine Anerkennung für Österreichs Friedenseinsätze ausgesprochen, so Darabos.

